

Besondere Freiheit, besondere Verantwortung? Eine empirische Studie zur deutschen Politikwissenschaft in der Politikberatung

Blum, Sonja; Jungblut, Jens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Blum, S., & Jungblut, J. (2020). Besondere Freiheit, besondere Verantwortung? Eine empirische Studie zur deutschen Politikwissenschaft in der Politikberatung. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 13(2), 486-506. <https://doi.org/10.3224/dms.v13i2.12>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Sonja Blum, Jens Jungblut

Besondere Freiheit, besondere Verantwortung? Eine empirische Studie zur deutschen Politikwissenschaft in der Politikberatung*

Zusammenfassung

In den letzten Jahren wurde in der deutschen Politikwissenschaft (und darüber hinaus) eine intensive Debatte über die gesellschaftliche und politische Relevanz der Disziplin geführt. Dabei blieb allerdings die faktische politikberatende Rolle mindestens genauso umstritten wie die normative Seite dieser Tätigkeit; und auch innerhalb der vergleichenden Forschung zu Politikberatung wurde der Politikwissenschaft keine gezielte Aufmerksamkeit geschenkt. Dieser Artikel untersucht, wie, für wen und wie häufig Politikwissenschaftler*innen in Deutschland ihre Expertise für die Politik bereitstellen. Die Analyse basiert auf den deutschen Ergebnissen (n=376) einer Umfrage, die 2018 in mehr als 30 europäischen Ländern durchgeführt wurde. Neben ersten empirischen Einblicken in ein bislang wenig untersuchtes Phänomen ist es Ziel des Beitrags, deutsche Politikwissenschaftler*innen in einer Typologie von Beratungsrollen zu verorten. Die Analyse zeigt durchaus umfangreiche und diverse, im Ländervergleich allerdings unterdurchschnittliche politikberatende Tätigkeiten. Der zentrale Unterschied für Art und Ausmaß der Politikberatung scheint zwischen Politikwissenschaftler*innen auf befristeten und unbefristeten Stellen zu bestehen.

Schlagworte: Politikwissenschaft, Politikberatung, Expertise, Survey, Beratungsrollen

Abstract

Academic Freedom, Academic Responsibility? An Empirical Study on the Policy-advisory Role of German Political Scientists

Recent years have seen intensive debates in German political science (and beyond) on the discipline's societal and political relevance. Yet within this debate, the *actual* policy-advisory role has been at least as disputed as its normative foundation. Moreover, political science has not been at the focus of policy-advisory research. This article studies how, for whom, and how often political scientists provide expertise for policy-making. The analysis is based on the German responses (n=376) in a survey of political scientists carried out in more than 30 European countries in 2018. Next to empirical insights into a so-far understudied phenomenon, the aim is to locate German political scientists in a typology of policy-advisory roles. The analysis highlights that German political scientists are rather active in a diverse set of policy-advisory activities, though less active than colleagues in other European countries. A key result is that political scientists are more active in policy advice if they are on permanent positions.

Keywords: Political science, Policy advice, Expertise, Survey, Advisory roles

1 Einleitung

In den letzten Jahren führte die deutsche Politikwissenschaft eine intensive Debatte über die politische Relevanz der Disziplin, die angesichts der Diskussionen um „Post Truth“ und postfaktische Politik noch einmal an Dynamik gewonnen hat. Neu entfacht wurde diese Debatte über die gesellschaftliche Rolle und Relevanz im April 2016 von Frank Decker und Eckhard Jesse, die in ihrem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung „Fach ohne Ausstrahlung“ feststellten, dass die Stimme der Politikwissenschaft „in der Öffentlichkeit kaum noch zu vernehmen“ sei, die Debatten von Jurist*innen und Ökonom*innen bestimmt würden, während „die jüngere Generation schweigt“ (Decker & Jesse, 2016). Der Beitrag provozierte zahlreichen Widerspruch (z. B. Bethke, 2016; Debus, Faas & Schäfer, 2017). Ähnliche Diskussionen gab es in anderen Ländern wie z. B. in Österreich, wo sie u. a. in einem Sonderband der *Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft* mündeten (Senn & Eder, 2018). In seiner Rede beim Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) wünschte sich Frank-Walter Steinmeier 2018, dass sich die Politikwissenschaftler*innen „noch mehr einmischen in öffentliche Debatten“.¹ Und er ergänzte 2019²: „Die wissenschaftliche Freiheit, die wir schützen müssen, und die Verantwortung, die aus dieser Freiheit erwächst, sie beide gehören untrennbar zusammen.“ Im Dezember 2019 beschäftigte sich eine DVPW-Thementagung in Frankfurt mit der Frage: „Wie relevant ist die Politikwissenschaft?“. Und nicht zuletzt zeigt sich in der COVID-19-Pandemie, wie wissenschaftliche Politikberatung unterschiedlichster Disziplinen enorm bedeutsam werden kann, wobei eine Sonderausgabe des Wissenschaftsbarometers (Wissenschaft im Dialog, 2020) ein gesteigertes und insgesamt hohes Vertrauen in die Wissenschaft in Deutschland zeigte.

Während sich allerdings diese (häufig normativ geführte) Debatte über die letzten Jahre intensiviert, fehlt weitgehend ein *empirischer* Blick auf die Rolle der Politikwissenschaft im deutschen System der Politikberatung (Halligan, 1995; Craft & Howlett, 2013). Vor diesem Hintergrund wird in diesem Artikel untersucht, wie, für wen und wie häufig Politikwissenschaftler*innen in Deutschland ihre Expertise für die Politik bereitstellen. Die Analyse basiert auf den deutschen Ergebnissen (n=376) einer Umfrage unter Politikwissenschaftler*innen in mehr als 30 europäischen Ländern, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 im Rahmen der COST-Action ProSEPS³ („Professionalization and Social Impact of European Political Science“) durchgeführt wurde. In international-vergleichender Perspektive ist Deutschland in mehrfacher Hinsicht ein interessanter Fall. Traditionell weist die Epistemologie einen konsensorientierten Charakter auf (Strassheim & Kettunen, 2014; siehe auch Pattyn, Blum, Fobé, Pekar-Milicevic & Brans, 2019), der Wissenschaftler*innen – im Vergleich zu anderen Systemen – eine geringere Bedeutung bei der politischen Entscheidungsfindung zuteilt. Allerdings nimmt die deutsche Politikwissenschaft aus historischen Gründen eine gewisse „Wächterinnenrolle“ über die Demokratie ein (vgl. Kapitel 3.2). Daher waren deutsche Politikwissenschaftler*innen auch nie völlig losgelöst von gesellschaftlichen und politischen Debatten. Zugleich setzt ein starkes wissenschaftliches Ethos der politikberatenden Tätigkeit in Deutschland gewisse Grenzen.

Auf Grundlage der Survey-Daten werden in diesem Artikel die politikberatenden Tätigkeiten deutscher Politikwissenschaft*innen untersucht. Unter dem Oberbegriff „Politikberatung“ konzentrieren wir uns hier auf die *Policy*-Beratung (englisch: „policy

advice“), d. h. inhaltlich auf politische Probleme und Maßnahmen gerichtete Beratung, nicht aber eher dem Consulting-Bereich zuzurechnendes „political advice“. Ziel des Beitrags ist es, erstes empirisches Wissen zu der politikberatenden Tätigkeit der Politikwissenschaft zu gewinnen sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu untersuchen, z. B. nach Geschlecht oder akademischer Position. Ziel ist es darüber hinaus, deutsche Politikwissenschaftler*innen in einer neuen Typologie von „Beraterrollen“ zu verorten (vgl. Kapitel 2), die auf der Grundlage der Forschungsliteratur vier mögliche Typen unterscheidet: *Pure academic*, *Expert*, *Opinionator* und *Public intellectual*. Wir stellen uns daher die Frage, welche dieser Rollen deutsche Politikwissenschaftler*innen überwiegend einnehmen und welche Faktoren ihre Zugehörigkeit zu einer der Rollen beeinflussen.

Im nächsten Abschnitt wird diese Typologie der Beraterrollen vorgestellt. Abschnitt 3 beschäftigt sich mit grundlegenden Charakteristika des deutschen Politikberatungssystems sowie der deutschen Politikwissenschaft als Disziplin und entwickelt auf dieser Grundlage erste Annahmen über ihre politikberatende Rolle. Abschnitt 4 beschreibt das Forschungsdesign und die Daten des Projekts, ehe Abschnitt 5 zunächst deskriptive Statistiken über die politikberatende Tätigkeit deutscher Politikwissenschaftler*innen vorstellt und dann die entwickelten Annahmen anhand der Umfragedaten testet. Abschnitt 6 schließt mit einem Fazit.

2 Idealtypen von Beraterrollen

Um die politikberatende Rolle von Politikwissenschaftler*innen vergleichend zu untersuchen, haben wir in der COST-Action ProSEPS vier Idealtypen von Politikberaterrollen unterschieden. Es wurde gezeigt, dass Wissenschaftler*innen prinzipiell stark unterschiedliche Rollenauffassungen im Hinblick auf Politikberatung aufweisen (Pielke, 2003; Head, 2015). Brian W. Head (2015) z. B. differenziert vier Typen, die sich in ihrer politikberatenden Tätigkeit unterscheiden – während der „mainstream academic“ als restriktivster Typus sich auf theoretische und breitere Einordnungen von Policy konzentriert, führt der „consultant“ anwendungsorientierte Analysen durch und ist der „insider academic“ im direkten Austausch mit Entscheidungsträger*innen beratend tätig. Heads Typologie zieht allerdings neben Angebots- und Nachfrageseite explizit auch die „Wirkung“ der verschiedenen politikberatenden Tätigkeiten heran, die wir im Zuge des Projekts nicht erhoben haben (vgl. Kap. 4) und die prinzipiell von sehr unterschiedlichen Faktoren beeinflusst werden kann. Zudem scheint die vierte Rolle, nämlich die des „policy critic“ (Head, 2015) insofern etwas eng zu sein, als dass eine „kritische“ Position auf bestimmte Policies gerichtet ist (während andere Policies unterstützt werden), sodass hier ein breiteres Verständnis „normativer“ politikberatender Tätigkeit sinnvoll erscheint. Vor diesem Hintergrund unterscheiden wir vier Idealtypen (*Tabelle 1*): *Pure academic*, *Expert*, *Opinionator*, sowie *Public intellectual*. Die Typologie ist dabei normativ völlig neutral ausgerichtet: Alle vier Typen werden als gleichermaßen notwendig und nützlich für die Disziplin verstanden.

Die Typologie stützt sich auf die Literatur zur Wissensnutzung (Weiss, 1980; Landry, Amara & Lamari, 2001), zu Politikberatung und *policy-advisory systems* (Halligan, 1995; Head, 2015; Pielke, 2003; Craft & Howlett, 2013; Veit, Hustedt & Bach, 2017). In dieser Literatur wurden verschiedene Merkmale identifiziert, um Art und

Ausmaß politikberatender Tätigkeiten zu differenzieren, nämlich: Häufigkeit der Beratung und Grad des Engagements; formelle vs. informelle Beratung; wichtigste Adressaten der Beratung; sowie Verbreitungsaktivitäten (Lindquist, 1990). Besondere Aufmerksamkeit hat auch die Art des angebotenen Wissens erfahren, wobei Bent Flyvberg (2001) und Tim Tenbensel (2008) auf Grundlage von Aristoteles die drei Formen des *episteme* (wissenschaftsbasiert), *techne* (erfahrungsbasiert) und *phronesis* (gefühlsbasiert) unterscheiden.

In idealtypischer Ausprägung würden nun *Pure academics* nicht politikberatend tätig und wären allenfalls durch die Bereitstellung von Konzepten in laufenden Debatten sichtbar (Pielke, 2003; Head, 2015). Dahingegen üben *Experts* verschiedene politikberatende Tätigkeiten aus. Verstärkt stellen sie wissenschaftliches oder auch angewandtes Wissen („what works“) hauptsächlich in Form von Publikationen wie Policy-Memos, Strategiepapieren oder wissenschaftlichen Berichten zur Verfügung. *Opinionators* hingegen beraten sehr häufig und auch eher informell als durch Veröffentlichungen. Ihr bereitgestelltes Wissen kann insofern als normativ bezeichnet werden, als dass gezielt eine Position in Debatten eingebracht wird. Vermittlungskanäle sind hier bevorzugt nicht-wissenschaftliche Konferenzen oder Roundtables sowie traditionelle und soziale Medien. Darüber hinaus haben in jüngster Zeit individuelle *Public intellectuals* verstärkte Aufmerksamkeit erfahren (Eisfeld, 2019; Flinders & Pal, 2019): Sie stellen eine Mischung aus *Expert* und *Opinionator* dar und beraten formell wie informell über verschiedene Kanäle. Angesichts ihres umfassenden Engagements zu oft großen gesellschaftlichen Themen (Flinders & Pal, 2019) kann davon ausgegangen werden, dass *Public intellectuals* dabei auf alle Arten von Wissen zurückgreifen, während sich die anderen Rollen auf bestimmte dieser Wissensbasen konzentrieren, die am Kern ihrer jeweiligen Tätigkeiten ansetzen. Im folgenden Abschnitt werden wir Annahmen dazu entwickeln, welche Beratungsrollen von deutschen Politikwissenschaftler*innen primär erwartet werden sollten.

Tabelle 1: Typologie der Politikberatungsrollen

Beratungsrolle	Häufigkeit der Beratung	Formalität der Beratung	Wichtigste Adressat*innen	Art des Wissens	Verbreitungskanäle
Public intellectual	Sehr häufig	Formell und informell	Alle	<i>Episteme</i> , <i>Techne</i> und <i>Phronesis</i>	Alle Kanäle
Opinionator	Sehr häufig	Informell	Politiker*innen und politische Entscheidungsträger*innen, allgemeine Öffentlichkeit, Journalist*innen	Meinungsbezogene normative Wissenschaft, <i>Phronesis</i>	Alle Medienkanäle, nicht-wissenschaftliche Konferenzen und Veranstaltungen, Roundtables
Expert	Variabel	Formell	Politische Entscheidungsträger*innen in der Verwaltung, Think Tanks, Ausschüsse	Wissenschaftlich oder angewandt („what works“), <i>Episteme</i>	Grundsatzpapiere, Strategiepapiere, wissenschaftliche Berichte
Pure academic	Nie	Nicht zutreffend	Nicht zutreffend	Nicht zutreffend	Nicht zutreffend

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf: Brans, Gouglas & Timmermans, (i. E.).

3 Die Politikwissenschaft im deutschen Politikberatungssystem

3.1 Das deutsche System der Politikberatung

Das Politikberatungssystem (PAS; *policy-advisory system*) in Deutschland ist im Hinblick auf die *wissenschaftliche* Politikberatung traditionell mit dem konsensorientierten Charakter der Epistemologie verbunden worden (Strassheim & Kettunen, 2014). Dabei ist der Stil der Wissensbildung korporatistisch und autorisierten institutionellen Vertreter*innen kommt eine wesentliche Rolle für die Expertisevermittlung zu. Die Forschung zu Politikberatungssystemen hat jedoch – insbesondere für die anglophonen Länder (Halligan, 1995) – festgestellt, wie Prozesse der Externalisierung zu einer allgemeinen Verlagerung weg vom öffentlichen Dienst hin zu anderen Beratungsquellen und zu einer Professionalisierung der Beratungskompetenz außerhalb des öffentlichen Sektors geführt haben. Auch im deutschen Fall hat sich der Charakter der Politikberatung verändert (Veit, Hustedt & Bach, 2017): Während eine gewisse Kontinuität in der traditionellen Konsensorientierung besteht, wird seit den 1990er Jahren eine Pluralisierung und Professionalisierung der Beratungslandschaft verzeichnet (Pattyn, Blum, Fobé, Pekar-Milicevic & Brans, 2019). Pluralisierung bezieht sich dabei auf den Wechsel von einem hauptsächlich vertikalen zu einem eher horizontalen PAS (Craft & Howlett, 2013), in dem neue, externe Beratungsakteure hinzutreten. Im deutschen Fall bedeutet dies eine Schwächung der traditionellen Beratungsakteure, eine „Wiederentdeckung“ der Politikberatung als Kernaufgabe der außeruniversitären Forschungsinstitute (Thunert, 2013), sowie auch das Hinzutreten neuer Akteure. Im Sinne einer Professionalisierung, d. h. des Aufbaus interner oder externer Beratungskompetenzen (Fobé, DePeuter, PetitJean & Pattyn, 2017), gehört dazu auch das Entstehen einer regelrechten „Beratungsindustrie“ (Heinze, 2013) – wobei dies z. T. auch mit einer ausgeweiteten Verwendung des Begriffs „Politikberatung“ (Siefken, 2010) auf z. B. Formen der Lobbyarbeit einherging. Diese Veränderungen sind mit dem Regierungsumzug und dem stärker wettbewerblichen politischen Klima der „Berliner Republik“ in Verbindung gebracht worden (ebd.). Insgesamt erscheint das PAS in Deutschland heute eher horizontal und pluralistisch als vertikal und hierarchisch, aber beide Typen existieren und interagieren.

3.2 Deutsche Politikwissenschaft und Politikberatung

Deutschland verfügt über eine große politikwissenschaftliche Community und die Disziplin gilt in der deutschen Hochschullandschaft als recht gut positioniert (Schüttemeyer, 2007, p. 183). Renate Reiter und Annette E. Töller (2013) identifizierten insgesamt 390 politikwissenschaftliche Lehrstühle. Während es in einigen Ländern eine gewisse Spezialisierung gibt, sind in Deutschland alle größeren Teildisziplinen der Politikwissenschaft mehr oder weniger gleich entwickelt. Zugleich könnte, wie Rainer Eisfeld (2019, p. 182) in seinem jüngsten Buch warnt, die hohe Fragmentierung der deutschen Politikwissenschaft ihre politische Relevanz gefährden.

Für die Politikwissenschaft ist das Verhältnis von „Politik“ und „Wissenschaft“ naturgemäß von besonderer Relevanz und wird auch in Deutschland seit Jahrzehnten dis-

kutiert (z. B. Landfried, 1986; Klingemann und Falter, 1998). Die direktere Beteiligung an öffentlichen Debatten und politischen Entscheidungen über die Vermittlung von Faktenwissen hinaus ist nach wie vor eine Tätigkeit, die vielfach als „unakademisch“ gilt. Zugleich versteht sich die deutsche Politikwissenschaft auf einer grundsätzlichen Ebene als eine der Wächterinnen der Demokratie. Nicht zuletzt wird die Wissenschaftsfreiheit als Grundrecht ausdrücklich im Grundgesetz erwähnt. Dies hat eine historische Komponente: Die deutsche Politikwissenschaft wurde nach dem Zweiten Weltkrieg – mit amerikanischer Unterstützung – als „Demokratiewissenschaft“ (Bleek, 2001 zur Geschichte der Disziplin) etabliert; sie trug die Hauptlast der Demokratieerziehung und seitdem besteht das Selbstverständnis eines akademischen „Watchdogs“ (Blum & Schubert, 2013b). Nach diesem Verständnis würden Politikwissenschaftler*innen die Grundlagen des demokratischen Staates verteidigen, gleichzeitig aber eine gewisse Distanz zur Tagespolitik wahren, um ihre Unabhängigkeit zu sichern. In diesem Sinne lässt sich die Rolle der Politikwissenschaft in Deutschland vielleicht am besten beschreiben, wenn man sie mit einer Schiedsrichterin vergleicht, die zwar die grundlegenden Spielregeln überwacht, sich aber nicht in das tatsächliche Spielgeschehen einmischt. Dennoch gibt es natürlich Beispiele von Politikwissenschaftler*innen, die sehr aktiv in der Politikberatung tätig waren, nicht zuletzt bereits im Kontext der Reformprogramme der späten 1960er und frühen 1970er Jahre.

Die eingangs erwähnte, jüngere Debatte – gut aufbereitet in einer Dokumentation der DVPW⁴ – zeugt von einer anhaltenden, ja sogar neu entfachten Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle. Insbesondere kritisierten Frank Decker und Eckhard Jesse (2016) eine selbstreferentielle und zu zersplitterte Natur der Politikwissenschaft, sowie methodisches und theoretisches *l'art pour l'art*. Natürlich hat die „jüngere Generation“ nach diesem Debattenanstoß nicht geschwiegen und in mehreren Artikeln geantwortet. Einige von ihnen bestätigten (bei gleichzeitiger Anfechtung anderer Punkte) generell die fehlende öffentliche Sichtbarkeit der deutschen Politikwissenschaft, während andere, wie z. B. Marc Debus, Thorsten Faas und Armin Schäfer (2017), argumentierten, dass sich Politik auf qualitativ hochwertige Forschung stützen sollte (und solche Forschung auch aufgegriffen werde), nicht aber auf „Universalgelehrte“, die über alles Mögliche philosophieren. Darüber hinaus wiesen einige Beiträge auf den geringen Anteil von Festanstellungen in der deutschen Wissenschaft und den harten Wettbewerb um diese Positionen hin, in denen Politikberatung im Großen und Ganzen nicht honoriert wird. Daher gibt es wenig bis gar keine Anreize für jüngere Wissenschaftler*innen, ihre Zeit für die aktive Politikberatung zu nutzen. Zusammenfassend zeigt diese Debatte, dass die faktische politikberatende Rolle der Politikwissenschaft mindestens genauso umstritten ist wie die normative Seite dieser Tätigkeit. Einerseits besteht Grund zu der Annahme, dass sich die traditionelle Distanz zur „Tagespolitik“ geändert hat und die jüngere Generation deutscher Politikwissenschaftler*innen eher bereit ist, sich „einzumischen“. Andererseits sind die traditionellen Werte und die Struktur des akademischen Arbeitsmarktes in Deutschland einer politikberatenden Tätigkeit nicht unbedingt zuträglich.

3.3 Annahmen

Insgesamt ist die Forschungsgrundlage begrenzt, auf der man Annahmen über die politikberatende Tätigkeit der deutschen Politikwissenschaft bilden könnte. Zwar wurden die Entwicklung der Politikberatung und des PAS in Deutschland in der Literatur behandelt (z. B. Veit, Hustedt & Bach, 2017; Pattyn, Blum, Fobé, Pekar-Milicevic & Brans, 2019), nicht aber die spezifische Rolle der Politikwissenschaft darin. Allerdings gibt es einige Arbeiten zur deutschen Politikwissenschaft, Stand und Entwicklung der Disziplin sowie spezifischer Teilgebiete (z. B. Schüttemeyer, 2007; Blum & Schubert, 2013a). Befragungen von Fachvertreter*innen haben Überblick über verschiedene professionelle Aktivitäten gegeben, wobei zwar Fragen nach der Reputation in der Öffentlichkeit gestellt (z. B. Klingemann & Falter, 1998), i. e. S. politikberatende Tätigkeiten aber nicht vertieft empirisch behandelt wurden. In der Gesamtschau und auch aus der internen Debatte der deutschen Politikwissenschaft lassen sich allerdings einige Vermutungen über die politische Relevanz ihres Faches ableiten.

Wir gehen davon aus, dass deutsche Politikwissenschaftler*innen im Prinzip alle vier Politikberatungsrollen (s. o.) einnehmen können, dass aber deren Prävalenz unterschiedlich ausfällt. Angesichts der o. g. spezifischen Traditionen der deutschen Politikwissenschaft lässt sich entweder der *Pure academic* oder der *Expert* als dominierender Typus vermuten. Während *Pure academics* politikberatende Tätigkeiten prinzipiell vermeiden, sind *Experts* in der einen oder anderen Form politikberatend tätig – häufig formal ausgewählt für die (permanente oder ad-hoc) Beratung von Ministerien, Behörden, politischen Parteien etc. *Opinionators* dürften mit ihrem stärker normativen, in die „Tagespolitik“ einmischenden Charakter ein selteneres Phänomen sein.

Berücksichtigt man außerdem die Besonderheiten des deutschen Wissenschaftssystems, insbesondere den im internationalen Vergleich extrem niedrigen Anteil an Festanstellungen, können außerdem große Unterschiede zwischen befristet und unbefristet beschäftigten Kolleg*innen vermutet werden. Eine jüngere Generation von Politikwissenschaftler*innen mag zwar eher bereit sein, sich in politikberatende Tätigkeiten einzubringen, wird dies aber wahrscheinlich erst auf einer Festanstellung tun. Unbefristet angestellte Professor*innen⁵ haben in Steinmeiers eingangs zitiertem Sinne die „besondere Freiheit“, Politikberatung zu leisten, während sich Politikwissenschaftler*innen auf unbefristeten Stellen eher auf die karriererelevantesten Tätigkeiten konzentrieren müssen – also v. a. hochrangige Publikationen und die Einwerbung von Forschungsgeldern. Neben dem Angebots- wird hier aber sicher auch ein gewisser Nachfrageeffekt in dem Sinne wirksam, dass „erfahrenere“ Kolleg*innen häufiger für Politikberatung angefragt werden. In Deutschland gibt es keine wirklichen Anreize für Forschungskommunikation oder Politikberatung im Hinblick auf eine wissenschaftliche Karriere. Das bedeutet auch, dass es für die beratend tätigen Politikwissenschaftler*innen eine *andere* Form der Motivation als den beruflichen Aufstieg geben muss. Mit Blick auf die für andere Länder beschriebenen Anreize im Zuge einer „impact agenda“ (z. B. Smith, Bandola-Gill, Meer, Stewart & Watermeyer, 2020) stellen wir daher die Vermutung an, dass deutsche Politikwissenschaftler*innen angesichts der oben beschriebenen gesellschaftlichen Rolle ihrer Disziplin im Vergleich zur europäischen Gesamtstichprobe *weniger* in politikberatende Tätigkeiten involviert sein werden.

4 Forschungsdesign

Der im ProSEPS-Projekt gemeinsam entwickelte Survey wurde ins Deutsche übersetzt und nur in dieser Sprache verbreitet⁶. Der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom März 2018 bis November 2018. In diesem Zeitraum wurden die Teilnehmer*innen insgesamt vier Mal per Email kontaktiert. Dazu wurde zunächst eine Liste aller an einer deutschen Universität beschäftigten Politikwissenschaftler*innen durch manuelle Suche auf Universitäts-Websites erstellt. Dies führte zu einer Liste von 1.986 deutschen Politikwissenschaftler*innen. Von diesen 1.986 Personen, die zur Beantwortung der Umfrage eingeladen wurden, haben 376 geantwortet. Dies entspricht einer Rücklaufquote von rund 18,9%. Von den Befragten sind 62% befristet beschäftigt, während 32% unbefristet angestellt sind. In der Population der Politikwissenschaftler*innen, die den Einladungslink zur Befragung erhalten haben, hatten 26,8% eine Professur und damit einen unbefristeten Vertrag inne (hinzuzurechnen ist eine kleine Anzahl weiterer unbefristeter Stellen, z. B. als Akademischer Rat bzw. Akademische Rätin). Weiterhin sind von den Befragten 64% männlich und 32% weiblich (gegenüber 38,4% Frauen in der Gesamtpopulation). Daher kann unsere Stichprobe sowohl im Hinblick auf das Geschlecht als auch auf die vertragliche Situation als weitgehend repräsentativ angesehen werden. Das Durchschnittsalter der Kolleg*innen, die den Fragebogen beantwortet haben, liegt bei 42 Jahren. Darüber hinaus haben rund 25% der Antwortenden einen M.A. als höchsten akademischen Abschluss, was darauf hindeutet, dass sie wahrscheinlich im Prozess der Promotion stehen. Der Rest der Stichprobe hat entweder einen Dokortitel (ca. 60%) oder eine Habilitation (ca. 14%).

Die begrenzte Rücklaufquote von 18,9% führt zu gewissen Einschränkungen. Es könnte etwa in unseren Daten eine Verzerrung der Antworten zugunsten aktiverer Politikberater*innen geben. Allerdings deckte die Umfrage ein breites Spektrum von Fragen ab, die sich auf den Stand der Disziplin als solches konzentrierten (z. B. zu Publikationsaktivitäten, internationaler Mobilität usw.). Sie war also nicht speziell auf Politikberatungstätigkeiten konzentriert oder entsprechend betitelt, sodass wir hier keine systematische Verzerrung annehmen. Dennoch sind die Ergebnisse als erste explorative Einblicke in ein bisher wenig untersuchtes Phänomen zu verstehen.

Die Antwortenden hatten die Möglichkeit, im Fragebogen bei jeder einzelnen Frage einer Batterie die Option zu wählen keine Angabe machen zu wollen. Daher wird in der Präsentation der deskriptiven Ergebnisse immer auch der Anteil derjenigen, die diese Option gewählt haben, mit angeführt. Antwortende, die die Option „keine Angabe“ auswählten, werden in der Analyse zu denjenigen gezählt, die in der jeweiligen Kategorie nicht aktiv beratend tätig sind.

Die vier oben angeführten Idealtypen von Beratungsrollen wurden möglichst parsimonisch operationalisiert. Basierend auf den Antworten zu einer Fragenbatterie über verschiedene *Formen* der Politikberatung wurden verschiedene Cluster von Fällen gebildet. Respondent*innen, die in den letzten drei Jahren *keine* der Beratungsformen durchgeführt haben, wurden als *Pure academic* kategorisiert. Politikwissenschaftler*innen, die sowohl bei normativen Werturteilen mindestens einmal pro Monat Aktivitäten angeben als auch in mindestens drei anderen Formen der Beratung ein solches Aktivitätsniveau verzeichnen, wurden als *Public intellectual* kategorisiert. Kolleg*innen, die ein geringeres Maß an Beratungsaktivitäten vorweisen und keine normativen Werturteile abgeben, wurden als *Expert* kategorisiert. Respondent*innen, die normati-

ve Werturteile abgeben, aber unterhalb des Aktivitätsniveaus der *Public intellectuals* bleiben, wurden als *Opinionator* eingeordnet.

Auf Grundlage der Umfragedaten wird im Folgenden zunächst ein deskriptiver Überblick über politikberatende Tätigkeiten deutscher Politikwissenschaftler*innen gegeben. Dies kann einen *empirischen* Beitrag zu der Debatte leisten, wie „relevant“ die deutsche Politikwissenschaft (im Sinne der Politikberatung) zu sein scheint. Es soll identifiziert werden, welche Arten von Politikberatung wie oft, für wen und über welche Kanäle geleistet werden. Außerdem wird überprüft, inwieweit die vertragliche Situation der Befragten einen Einfluss auf die Häufigkeit ihrer Politikberatung, die normative Bewertung oder die Gründe für ein Engagement in der Politikberatung zeigt. Schließlich untersuchen wir, inwieweit die Befragten den Idealtypen der Politikberatungsrollen entsprechen – und überprüfen die o. g. Annahmen zur Prävalenz dieser unterschiedlichen Idealtypen unter den deutschen Politikwissenschaftler*innen.

5 Analyse: Die deutsche Politikwissenschaft in der Politikberatung

5.1 Politikberatende Tätigkeiten

Auf Grundlage der Umfragedaten lassen sich verschiedene Gründe untersuchen, aus denen heraus deutsche Politikwissenschaftler*innen politikberatend tätig werden. Die meisten Befragten stimmen zu, dass sie Politikberatung leisten, weil sie einen Beitrag für die Gesellschaft leisten wollen, dass es Teil ihres Berufsethos ist und ihnen hilft, nah am gesellschaftlichen Geschehen zu bleiben. Weniger Unterstützung gibt es für die Ansicht, dass Politikberatung die Karriere fördert und zusätzliche Finanzierungsquellen bietet.

Tabelle 2: Gründe für die Tätigkeit in der Politikberatung, in Prozent

	Ich möchte nah am gesellschaftlichen Geschehen bleiben.	Es ist hilfreich für meinen wissenschaftlichen Karriereverlauf.	Es erweitert meine Karriereoptionen jenseits des akademischen Bereichs und bietet weitere Einkommensquellen	Ich verstehe es als Teil des politikwissenschaftlichen Berufsethos, Beratungstätigkeiten auszuüben	Ich möchte einen Beitrag zur Gesellschaft leisten
Überhaupt nicht wichtig	3.6	20.0	20.7	4.6	2.0
Eher unwichtig	10.2	29.2	15.4	9.2	3.0
Eher wichtig	33.8	13.4	23.9	34.8	30.2
Absolut wichtig	17.4	3.0	5.6	17.4	30.8
Keine Antwort	35.1	34.4	34.4	34.1	34.1
Gesamt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Quelle: ProSEPS Survey.

Die Befragten wurden auch nach ihrer Zustimmung zu normativen Aussagen über die Rolle der Politikwissenschaft in der Politikberatung gefragt. Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten Kolleg*innen es unterstützen, in der einen oder anderen Form mit politischen Entscheidungsträger*innen zusammenzuarbeiten. Allerdings scheint es große Unterschiede in der Ansicht zu geben, inwiefern Politikwissenschaftler*innen direkt an der Politikgestaltung beteiligt sein oder lediglich Wissen und Expertise bereitstellen sollten.

Tabelle 3: Normative Aussagen zur Politikberatung, in Prozent

	Politikwissen- schaftler/-innen sollten an der Politikgestaltung beteiligt werden	Politikwissenschaf- ter/-innen haben eine berufliche Verpflichtung zur Teilnahme an der öffentlichen Debatte	Politikwissenschaftler/- innen sollten evidenzbasiertes Wissen und Expertise außerhalb der Wissenschaft zur Verfügung stellen, aber nicht direkt an der Politik- gestaltung beteiligt sein	Politikwissenschaf- ter/-innen sollten die direkte Einmischung bei politischen Akteuren vermeiden
Stimme voll und ganz zu	15.7	23.3	26.6	7.9
Stimme eher zu	44.3	46.2	38.7	23.6
Lehne eher ab	31.5	18.7	27.5	38.7
Lehne voll und ganz ab	3.9	9.8	4.3	25.9
Keine Antwort	4.6	2.0	3.0	3.9
Gesamt	100.0	100.0	100.0	100.0

Quelle: ProSEPS Survey.

Eine weitere Frage legte den Fokus darauf, wie häufig Politikwissenschaftler*innen innerhalb der letzten drei Jahre über verschiedene Wege Politikberatung geleistet haben. Es zeigte sich, dass Politikberatung typischerweise „mindestens einmal im Jahr“ erfolgt – obwohl einige Politikwissenschaftler*innen aktiver sind und ein guter Teil seltener oder nie berät. Unter den mindestens einmal im Jahr genutzten Formen sind Workshops oder Konferenzen (35,4%) sowie der persönliche Kontakt mit zu beratenden Akteur*innen/Organisationen am verbreitetsten (32,1%). Ersteres ist zwar eine Tätigkeit, die auch im akademischen Kontext verbreitet ist, aber da die Frage explizit ausgerichtet war auf die Häufigkeit, in der „innerhalb der letzten drei Jahre über einen der folgenden Wege Politikberatung“ geleistet wurde, ist nicht anzunehmen, dass hier über die Beratungstätigkeit hinaus auch akademische Vorträge mitgemessen werden. Unsere Ergebnisse entsprechen darüber hinaus auch früheren Erkenntnissen, wonach persönliche Kontakte Evidenznutzung befördern (z. B. Innvaer, Vist, Trommald & Oxman, 2002). Die Modi ändern sich etwas, wenn wir uns die Beratungstätigkeit der *aktiveren* Politikwissenschaftler*innen ansehen – von denjenigen, die einmal im Monat oder sogar einmal pro Woche beraten, werden verstärkt Telefon und E-Mail für den Austausch mit politischen Entscheidungsträger*innen oder anderen Akteur*innen genutzt. Es steht zu vermuten, dass in diesen Fällen bereits eine engere Beratungsbeziehung aufgebaut wurde, sodass die Kommunikation über weniger anspruchsvolle Mittel wie E-Mails oder Telefonanrufe erfolgen kann.

Tabelle 4: Häufigkeit der Politikberatung, in Prozent

	Persönlich mit Akteur/ Organisation	Telefonisch mit Akteur/ Organisation	Per Mail oder Post an Akteur/ Organisation	Auf Workshops oder Konferenzen (inklusive Veranstaltungen für ein nicht-akademisches Publikum)
Mindestens einmal pro Woche	1.0	0.7	1.3	0.3
Mindestens einmal pro Monat	5.9	4.9	6.2	7.5
Mindestens einmal im Jahr	32.1	18.0	14.4	35.4
Seltener	16.1	14.8	14.4	12.8
Nie	10.8	23.0	23.3	10.5
Keine Antwort	34.1	38.7	40.3	33.4
Gesamt	100.0	100.0	100.0	100.0

Quelle: ProSEPS Survey.

Die Politikwissenschaftler*innen wurden weiterhin gefragt, wie häufig sie in den letzten drei Jahren „eine der folgenden Tätigkeiten in der Politikberatung von Policy-Akteuren“ geleistet haben. Hierbei wurde zwischen sechs verschiedenen Formen der Politikberatung differenziert. Betrachtet man alle, die angeben in den letzten drei Jahren beratend tätig gewesen zu sein, dann sind die „Analyse und Erklärung von Ursachen politischer Probleme und deren Konsequenzen“ und die „Bewertung bestehender Policies“ die verbreitetsten Formen der Politikberatung. Das Bild bleibt gleich, wenn man nur auf diejenigen schaut, die zumindest einmal im Jahr aktiv sind. Die Ergebnisse bivariater Korrelationen zwischen diesen verschiedenen Formen der Politikberatung sind stark signifikant und positiv, d. h. wer eine bestimmte Form der Politikberatung leistet, ist auch eher in einer der anderen Formen aktiv. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass in Deutschland nur eine kleine Zahl von Politikwissenschaftler*innen sehr aktiv politikberatend tätig ist (zehn Kolleg*innen geben an alle Formen der Beratung mindestens einmal im Jahr auszuführen), während eine relativ große Zahl weniger aktiv ist. Zwischen einem Drittel und der Hälfte der Befragten sind zumindest einmal im Jahr oder seltener politikberatend tätig. Betrachtet man die gesamte Batterie an Fragen und behandelt man diejenigen, die keine Angabe gegeben haben als „nicht aktiv“, dann zeigt sich, dass nur 17.3% (n=65) der Befragten in allen Formen der Politikberatung zumindest einmal in den letzten drei Jahren aktiv waren. Zwei Kolleg*innen geben sogar an, in allen Formen der Beratung mindestens einmal im Monat aktiv zu sein. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass 70% (n=264) der Befragten in zumindest einer der Formen der Politikberatung in den letzten drei Jahren aktiv waren.

Tabelle 5: Häufigkeit der Politikberatung, in Prozent

	Ich stelle Daten und Fakten über Policies und politische Geschehnisse zur Verfügung	Ich analysiere und erkläre die Ursachen für politische Probleme und deren Konsequenzen	Ich bewerte bestehende Policies, institutionelle Arrangements, etc.	Ich biete Beratungsdienstleistungen an und gebe Empfehlungen für Policy-Alternativen	Ich stelle Prognosen an und/oder führe Umfragen durch	Ich treffe Werturteile und trage normative Argumente bei
Mindestens einmal pro Woche	1.3	2.6	1.6	1.3	1.0	2.0
Mindestens einmal pro Monat	4.9	7.5	7.5	3.0	0.7	5.6
Mindestens einmal im Jahr	24.6	35.7	25.9	18.7	12.5	17.7
Seltener	21.0	15.1	19.0	17.0	14.8	20.0
Nie	42.0	34.1	38.7	52.8	61.6	45.9
Keine Antwort	6.2	4.9	7.2	7.2	9.5	8.9
Gesamt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Quelle: ProSEPS Survey.

Die Politikwissenschaftler*innen wurden auch gefragt, wie häufig sie in den letzten drei Jahren verschiedene Kanäle für ihre Beratung genutzt haben. Die Antworten zeigen, dass die beliebtesten Kanäle nach wie vor Publikationen wie Bücher und Aufsätze sind – sie werden mindestens einmal im Jahr von 37,4% genutzt, gefolgt von Forschungsberichten (26,6%) und Artikeln in den traditionellen Medien (18,7%). Unter den Kanälen, die mindestens einmal im Monat genutzt werden, sind Blog-Beiträge (3,9%) sowie Schulungen für Policy-Akteure (3,6%) vergleichsweise stark vertreten – was zeigt, dass es einen kleinen, aber aktiven Anteil deutscher Politikwissenschaftler*innen gibt, der regelmäßig diese spezifischen Beratungstätigkeiten ausübt.

Ein weiterer Aspekt, der in der Literatur zur Wissensnutzung diskutiert wird, ist inwiefern Beratung eher informell (z. B. persönliche Gespräche) oder eher formell erfolgt (z. B. Berufung in Beratungskommissionen, Expertenbeiräte). Aus den Antworten geht hervor, dass die größte Gruppe (27,2% der Befragten) angibt, dass ihre Beratungstätigkeit *sowohl* informelle als auch formelle Elemente beinhaltet. Gleichzeitig rangierten vorwiegend informelle Beratungstätigkeiten deutlich vor vorwiegend formellen Aktivitäten – ebenfalls ein Befund der mit früheren Forschungsergebnissen übereinstimmt (z. B. Landry, Amara & Lamari, 2001).

Betrachtet man die Adressatinnen der Politikberatung, so werden am häufigsten zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürgergruppen beraten, gefolgt von politischen Parteien, Think Tanks, Politiker*innen der Exekutive und Beamte*innen. Mehr als ein Drittel der deutschen Politikwissenschaftler*innen haben in den letzten Jahren auf nationaler und subnationaler Ebene Beratungstätigkeiten durchgeführt. Im internationalen Vergleich ist denkbar, dass Beratungstätigkeiten unterhalb der Bundesebene durch die föderale Struktur in Deutschland begünstigt werden. Beratung auf EU- oder internationaler Ebene erfolgt hingegen deutlich seltener.

Betrachtet man schließlich die verschiedenen Subdisziplinen, so beraten deutsche Politikwissenschaftler*innen v. a. in den Bereichen „Internationale Angelegenheiten, Entwicklungshilfe und Europäische Union“ (24,6%), „Regierung, öffentliche Verwaltung und Wahlrechtsreform“ (17,7%), „Bürgerrechte, politische Rechte und Gender-Themen“ (14,1%) oder „Immigration, Integration und ethnische Minderheiten“ (11,5%). Der Anteil der Politikwissenschaftler*innen, die zu anderen Fragen beraten, liegt unter 10% und verteilt sich auf eine breite Palette an Themen.

5.2 Einflussfaktoren

Angesichts der Struktur des akademischen Arbeitsmarkts – mit sehr wenigen unbefristeten Stellen und dem daraus resultierenden Leistungsdruck auf die befristet Beschäftigten, sich irgendwann eine Festanstellung zu sichern – erwarten wir, dass sich der unterschiedliche Beschäftigungsstatus auf Politikberatungstätigkeiten auswirkt. Anhand von Histogrammen, die den Unterschied zwischen den beiden Gruppen darstellen, wird deutlich, dass die beiden Stichproben in Bezug auf die Ergebnisvariable nicht normalverteilt sind. Um zu testen, ob sich die beiden Gruppen im Hinblick auf die Politikberatungsaktivitäten unterscheiden, verwenden wir daher Mann-Whitney-Tests (Mann & Whitney, 1947). Der Mann-Whitney-Test kann trotz der ungleichen Stichprobengröße angewendet werden (etwas weniger als zwei Drittel der Befragten haben einen befristeten Vertrag). Allerdings nimmt die statistische Aussagekraft (d. h. die Fähigkeit, einen Unterschied zu erkennen, der auch in der Grundgesamtheit vorhanden ist) mit zunehmender Ungleichheit der Gruppengrößen ab. Identifizierte Unterschiede dürften daher besonders aussagekräftig sein.

Was zeichnet sich nun in den Tätigkeiten von Politikwissenschaftler*innen auf befristeten bzw. unbefristeten Stellen ab? Für fünf der sechs Beratungstätigkeiten fanden sich hinsichtlich der Häufigkeit signifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen (mit geringer bis mittlerer Effektstärke), wobei Kolleg*innen auf unbefristeten Stellen ein höheres Aktivitätsniveau vorweisen. Lediglich bei der Aussage „Ich stelle Prognosen an und/oder führe Umfragen durch“ konnten wir keinen signifikanten Unterschied feststellen. Unbefristet Beschäftigte antworten, dass sie häufiger Ursachen von Problemen und deren Konsequenzen analysieren⁸, bestehende Politiken oder institutionelle Arrangements bewerten⁹ oder Beratungsdienstleistungen anbieten und Empfehlungen zu Policy-Alternativen abgeben¹⁰. Darüber hinaus treffen die Befragten mit einer Festanstellung auch häufiger Werturteile und tragen normative Argumente bei¹¹, stellen Daten und Fakten über Policies und politische Geschehnisse zur Verfügung¹².

Auch hinsichtlich der *Gründe* für ein Engagement in der Politikberatung konnten wir signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit befristeten bzw. unbefristeten Verträgen feststellen (geringe bis mittlere Effektstärke), wobei hier diejenigen mit befristeten Verträgen stärkere Unterstützung signalisieren. Der stärkste Effekt ist bei der Aussage zu beobachten, dass Politikberatung die Karriereoptionen der Befragten fördert und ihnen alternative Finanzierungsquellen bietet;¹³ gefolgt von der Aussage, dass sie ihre akademische Laufbahn voranbringt¹⁴. Die Aussagen, dass die Befragten gerne aktiv bleiben möchten¹⁵, einen Beitrag zur Gesellschaft leisten wollen¹⁶ und dass das Engagement in der Politikberatung Teil ihrer beruflichen Pflicht als Politikwissenschaftler*in¹⁷ ist, zeigen ebenfalls signifikante Unterschiede mit einer etwas geringeren Effektgröße.

Zusammenfassend zeigt sich eine Bestätigung der oben geäußerten Annahme, dass deutsche Politikwissenschaftler*innen mit unbefristeten Verträgen insgesamt aktiver in der Politikberatung tätig sind. Gleichzeitig ist festzustellen, dass Politikwissenschaftler*innen mit befristeten Verträgen eine stärkere Unterstützung für die Gründe zeigen, politikberatend tätig zu werden. Letzteres deutet darauf hin, dass befristet beschäftigte Politikwissenschaftler*innen Politikberatung aus ganz bestimmten Gründen betreiben, z. B. da sie dies als Bestandteil des Berufsethos ansehen. Insgesamt aber scheint der sehr geringe Anteil unbefristeter Stellen im deutschen Wissenschaftssystem die befristet beschäftigten Wissenschaftler*innen verstärkt zu motivieren, die eigenen Tätigkeiten sorgfältig und strategisch auszuwählen.

5.3 Idealtypen

Abschließend soll nun untersucht werden, welchen der eingangs identifizierten Idealtypen von Politikberatungsrollen die deutschen Politikwissenschaftler*innen zugeordnet werden können. Um zumindest einen knappen Blick auf die deutsche Situation im Ländervergleich werfen zu können, werden die Zuordnungen dabei mit den jeweiligen Anteilen in der Gesamtstichprobe (n=2354) verglichen.

Tabelle 6: Verteilung der Idealtypen

Idealtyp	Gesamtzahl in Deutschland	Prozentualer Anteil in Deutschland	Prozentualer Anteil an der Gesamtstichprobe
<i>Pure Academic</i>	112	29.8%	20.3%
<i>Expert</i>	94	24.9%	26.6%
<i>Opinionator</i> (<i>Expert</i> + Werturteile)	155	41.3%	48.7%
<i>Public intellectual</i>	15	3.9%	4.4%

Quelle: ProSEPS Survey.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass tatsächlich ungefähr 70% der Politikwissenschaftler*innen in Deutschland in irgendeiner Form Politikberatung leisten. Mehr noch: Die größte Gruppe kann dabei dem Typus des *Opinionator* zugeordnet werden, da sie – in der einen oder anderen Form – nicht nur Wissen bereitstellt, sondern Werturteile oder normative Aussagen trifft. Beide Ergebnisse stehen in einem gewissen Widerspruch zu unserer ursprünglichen Erwartung, dass der prominenteste Idealtyp der *Pure academic* oder *Expert* sein sollte und normative Bewertungen vermieden werden. Allerdings sind deutsche Politikwissenschaftler*innen tatsächlich *häufiger* dem *Pure academic* zuzuordnen als dies in der Gesamtstichprobe der Fall ist. Betrachtet man also die Zahlen im Vergleich zur Gesamtstichprobe, so werden unsere Erwartungen – mit Einschränkungen – erfüllt. Gleichzeitig ist es wichtig hervorzuheben, dass zum einen der *Opinionator* auch in der Gesamtstichprobe der häufigste Idealtyp ist, und zum anderen die Operationalisierung des Idealtyps darauf beruht, dass die Antwortenden normativ beratend tätig sind, jedoch nicht verlangt, dass dies die häufigste Form der Beratungstätigkeit ist. Das Aktivitätsniveau von Politikwissenschaftler*innen in der Politikberatung scheinen wir aber insgesamt unterschätzt zu haben.

Die Daten zeigen, dass diejenigen mit einem höheren Maß an Politikberatungstätigkeit über höhere akademische Abschlüsse verfügen. Dies stützt die Annahme weiter, dass Politikberatungstätigkeiten von der akademischen Position beeinflusst werden. Es gibt jedoch auch einige wenige Promovierende mit MA-Abschluss, die verschiedene politikberatende Tätigkeiten ausüben.

Betrachtet man die Verteilung auf die vier Idealtypen nach Geschlecht, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Zwar gibt es auch andere Faktoren, die hier eine Rolle spielen könnten (z. B. der geringere Anteil von Wissenschaftlerinnen in Festanstellung), doch wird hier auch auf einen geschlechtsspezifischen Bias in der Politikberatungstätigkeit der Politikwissenschaftler*innen hingewiesen. Nicht zuletzt ist davon auszugehen, dass auch in Deutschland Forschungsagenden bis zu einem gewissen Grad geschlechtsspezifisch ausgerichtet sind (Key & Sumner, 2019), was z. B. die *Nachfrage* nach Politikberatung beeinflussen kann.

Tabelle 7: Idealtypen nach Geschlecht

	<i>Pure academic</i>	<i>Expert</i>	<i>Opinionator</i>	<i>Public intellectual</i>
Weiblich	44.4%	32.6%	27.5%	14.3%
Männlich	55.6%	67.4%	72.5%	85.7%
Gesamt	100%	100%	100%	100%

Quelle: ProSEPS Survey.

Geht man also davon aus, dass die Unterscheidung zwischen befristeter und unbefristeter Anstellung ein zentraler Faktor für die Politikberatungstätigkeit ist, so lässt sich die Verteilung auf die Idealtypen mit der Vertragssituation gegenüberstellen.

Tabelle 8: Anteil der Idealtypen von Politikberatungsrollen, in Prozent nach akademischer Position

Idealtyp	Befristeter Vertrag	Unbefristeter Vertrag	Keine Antwort
<i>Pure academic</i>	37.6% (88)	19.0% (23)	4.5% (1)
<i>Expert</i>	25.2% (59)	25.6% (31)	18.2% (4)
<i>Opinionator (Expert + Werturteile)</i>	33.3% (78)	51.2% (62)	72.7% (16)
<i>Public intellectual</i>	3.8% (9)	4.1% (5)	4.5% (1)
Gesamt	100% (234)	100% (121)	100% (22)

Quelle: ProSEPS Survey.

Die Kreuztabelle unterstützt zusätzlich unsere Annahme, dass die Vertragssituation der Politikwissenschaftler*innen ihre Politikberatungstätigkeit wesentlich beeinflusst. Der *Pure academic* ist der Idealtyp, dem der größte Anteil der befristet beschäftigten Politikwissenschaftler*innen in der deutschen Stichprobe angehört. Da außerdem männliche Befragte und solche mit einem höheren akademischen Abschluss häufiger zu den aktiveren Idealtypen gehören, wurde für die Korrelation zwischen der akademischen Position sowie dem Geschlecht der Befragten das Cramer'sche V berechnet. Beide Korrelationen waren mit $p < .001$ hochsignifikant, und die Korrelation zwischen akademischem Grad und Position ist erwartungsgemäß stark (.50), während die zwischen

Position und Geschlecht eine mittlere Effektgröße hat (.32). Somit stellen Geschlecht, akademische Position und höchster akademischer Grad einen zusammenhängenden Block von Faktoren dar, die das Engagement in der Politikberatung beeinflussen. Gleichzeitig muss darauf hingewiesen werden, dass sich unter den Befragten auch viele *Experts*, *Opinionators* und sogar einige *Public intellectuals* befinden, die *keine* feste Anstellung haben. Wie oben erwähnt, finden sich bei diesen Kolleg*innen auch höhere Unterstützungen zu Statements über deren Motivation für ein Engagement in der Politikberatung.

Zusammenfassend hat die Analyse der Idealtypen gezeigt, dass deutsche Politikwissenschaftler*innen im Vergleich zu ihren europäischen Kolleg*innen generell *weniger* aktiv in der Politikberatung sind. Gleichzeitig (und entgegen unserer Erwartung) leistet ein großer Anteil der deutschen Befragten irgendeine Form von Politikberatung, die auch normative Urteile umfasst – am häufigsten zuzuordnen sind sie dem *Opinionator*. Dennoch gibt es in Deutschland einen höheren Anteil an *Pure academics* als in der Gesamtstichprobe. Schließlich deuten unsere Daten darauf hin, dass männliche Befragte mit unbefristeten Verträgen und höheren akademischen Abschlüssen eher einem der aktiven Politikberatungstypen zuzurechnen sind.

6 Fazit

Diese Studie der politikberatenden Tätigkeiten deutscher Politikwissenschaftler*innen liefert erste empirische Einblicke in ein bisher wenig untersuchtes Phänomen. Sie leistet damit auch einen Beitrag zu der aktuellen Debatte der deutschen Politikwissenschaft bezüglich ihrer Relevanz – die gleichzeitig auch für ähnliche Debatten und Forschung zu anderen Disziplinen (z. B. Christensen, 2017) oder in anderen Ländern (z. B. Senn & Eder, 2018) bedeutsam ist. Generell sind Politikwissenschaftler*innen in Deutschland durchaus – und in einem fast überraschenden Maße – politikberatend tätig. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe des ProSEPS-Projekts, die über 30 europäische Länder umfasst, sind sie allerdings *unterdurchschnittlich* aktiv. Der Idealtyp, dem der größte Anteil an deutschen Politikwissenschaftler*innen zugeordnet werden kann, ist der *Opinionator* – gefolgt von *Pure academic*, *Expert* und schließlich dem (seltenen) *Public intellectual*. Dies steht im Gegensatz zu unseren ursprünglichen Erwartungen. Allerdings ist der Anteil der *Pure academics* in Deutschland höher als in der Gesamtstichprobe. Es ist jedoch zu beachten, dass die Operationalisierung des *Opinionator* eher weit als eng gefasst ist und normative Beratungstätigkeit nicht die häufigste Form der Beratung in diesem Typ sein, sondern nur in gewissem Maße vorkommen muss. Man könnte hier, aufbauend auf der eingangs beschriebenen Rolle der Politikwissenschaft in Deutschland, argumentieren, dass einer der Gründe für das häufige Auftreten des *Opinionator* daher rührt, dass Kolleg*innen im Rahmen des Selbstverständnisses der Disziplin als „Wächterin der Demokratie“ neben anderen Formen der Beratung auch normativen Input geben. Darüber hinaus ist es wichtig hervorzuheben, dass keiner der Idealtypen generell einem anderen vorzuziehen ist oder besonders gut geeignet wäre, um die gesellschaftliche Relevanz der Disziplin zu steigern. Vielmehr bedarf es eines konstruktiven Zusammenspiels der gesamten Palette an Idealtypen in einer pluralen Beratungslandschaft.

Insgesamt ist Politikberatung für Politikwissenschaftler*innen an deutschen Universitäten kein Bestandteil der täglichen (oder wöchentlichen) Arbeit – in der Regel

werden sie „mindestens einmal im Jahr“ politikberatend tätig. Einige Kolleg*innen sind allerdings aktiver – oder eben auch weniger aktiv, sie leisten nach eigener Angabe seltener oder sogar niemals Politikberatung. Dabei geben aber 70 Prozent der Befragten an, in zumindest einer der Formen der Politikberatung in den letzten drei Jahren aktiv gewesen zu sein, während nur zehn Kolleg*innen angeben in allen Formen im letzten Jahr aktiv gewesen zu sein. Interessant ist auch, dass nach wie vor eher klassische und direkte Formen der Politikberatung im Vordergrund stehen – Workshops, Konferenzen sowie der persönliche Kontakt mit den Adressatinnen der Beratung. Gleiches gilt auch für die Kanäle, wo Publikationen wie Bücher und Artikel, Forschungsartikel oder Beiträge in den traditionellen Medien dominieren. Beides sind Hinweise auf Beratungstätigkeiten, die sehr stark in der akademischen Tradition verwurzelt sind.

Über 90 Prozent der deutschen Politikwissenschaftler*innen stimmten der Aussage zu, dass „Politikwissenschaftler*innen an der öffentlichen Debatte teilnehmen sollten, da dies Teil ihrer Rolle als Sozialwissenschaftler*innen ist“. Auch wenn sich die deutsche Politikwissenschaft nach wie vor auf klassische akademische Formen des Wissensaustauschs konzentriert, scheint demnach die Selbstzuschreibung einer „öffentlichen Aufgabe“ zu dominieren. Darüber hinaus finden die unterschiedlichen Gründe für politikberatende Tätigkeiten viel Zustimmung, selbst unter den *Pure academics*. Politikberatung scheint allgemein akzeptiert zu sein. Ob sie im Hinblick auf die akademische Karriere geschätzt wird, ist jedoch eine andere Frage.

Blicken wir nun noch einmal auf die identifizierten Einflussfaktoren, so scheint der vertraglichen Situation eine zentrale Rolle für das Ausmaß politikberatender Tätigkeiten zuzukommen. Unbefristet beschäftigte Politikwissenschaftler*innen sind insgesamt aktiver in der Politikberatung. Darüber hinaus sind auch Befragte mit einem höheren akademischen Abschluss und männliche Befragte stärker in der Politikberatung engagiert und gehören häufiger zu den aktiveren Idealtypen. Da eine Festanstellung in Deutschland von einem höheren akademischen Abschluss abhängt und da es nach wie vor ein Geschlechterungleichgewicht unter den Professuren gibt, hängen alle drei Faktoren zusammen. Angesichts des stark geschichteten und wettbewerbsintensiven akademischen Arbeitsmarkts sind diese Ergebnisse nicht überraschend: Sie deuten darauf hin, dass diejenigen, die keine Festanstellung haben, entweder nicht für die Politikberatung „nachgefragt“ werden bzw. keinen Zugang haben, oder aber, dass sie sich verstärkt auf wissenschaftliche „Kerntätigkeiten“ konzentrieren, die auf dem Weg zu einer Festanstellung wichtiger erscheinen. Nach den *Gründen* für ein Engagement in der Politikberatung gefragt, fanden sich demensprechend auch deutliche Differenzen zwischen befristet und unbefristet Beschäftigten: Politikwissenschaftler*innen auf befristeten Stellen scheinen sich tendenziell nur als „Überzeugungstäter*innen“ in der Politikberatung zu engagieren, während Politikwissenschaftler*innen auf unbefristeten Stellen die von Bundespräsident Steinmeier angesprochene „besondere Freiheit“ haben, ihre „besondere Verantwortung“ im Sinne von Politikberatung auch dann auszuüben, wenn sie Politikberatung eigentlich keine besonders hohe Bedeutung beimessen.

Hinzu kommt, dass die Strukturen des Politikberatungssystems sowie auch die darin stattfindenden politikberatenden Tätigkeiten variieren. Die Politikberatungsstrukturen hängen von den spezifischen Traditionen der Konsensorientierung und des Neokorporatismus in einem bestimmten Politikfeld ab,¹⁸ aber auch von anderen Faktoren, z. B. davon, ob der Beratungsinhalt eher prozeduraler oder inhaltlicher Natur ist und ob die Beratung eher langfristig/antizipierend oder kurzfristig/reaktiv erfolgt (Craft &

Howlett, 2013; Prasser, 2006). Die Politikfelder in Deutschland unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der statischen Merkmale des PAS als auch hinsichtlich ihrer dynamischen Charakteristika deutlich (z. B. Politisierung, Vermarktlichung von Beratung). Entsprechende Unterschiede zwischen den Politikfeldern können sich somit auch in der jeweiligen Beteiligung von Politikwissenschaftler*innen widerspiegeln. Eine solche vergleichende Perspektive – v. a. auch des internationalen Vergleichs von Politikwissenschaftler*innen in der Politikberatung – konnte hier nur am Rande eingegangen werden (*Tabelle 6*); dies sollte in zukünftigen Arbeiten vertieft werden.

Unsere Analyse zeichnet ein vielfältiges Bild der politikberatenden Tätigkeiten deutscher Politikwissenschaftler*innen. Die allgemeine Aktivität und Akzeptanz der Politikberatung scheint uns überraschend hoch – wobei die Vertragssituation sich als der entscheidendste Erklärungsfaktor herauskristallisiert. Insgesamt lässt sich schlussfolgern, dass laute Klagen über eine mangelnde Relevanz der deutschen Politikwissenschaft zumindest hinsichtlich ihrer politikberatenden Funktion ungerechtfertigt erscheinen. Deutsche Politikwissenschaftler*innen beraten „die Politik“ in vielfältiger Weise. Allerdings tun sie dies im Vergleich zu ihren europäischen Kolleg*innen etwas seltener – was mit der Struktur des akademischen Arbeitsmarktes, Anreizen und disziplinären Traditionen erklärt werden kann. Der Wandel hin zu einer relevanten, bürger-nahen Wissenschaft der Demokratie, so Eisfelds (2019, p. 190) Forderung, würde durchaus noch einen weiten Weg erfordern. Durch eine starre „Impact Agenda“ – wie sie sich in Großbritannien herausgebildet hat (z. B. Smith, Bandola-Gill, Meer, Stewart & Watermeyer, 2020) – scheint uns dieser Weg jedoch kaum realisierbar. Gerade die Wahlfreiheit zwischen *verschiedenen*, vielleicht sogar komplementären Rollen zwischen *Pure academics*, *Experts*, *Opinionators* und *Public intellectuals* würden hierdurch stark eingeschränkt. Unsere Studie kann nur eine erste explorative Sicht auf das Thema liefern. Für zukünftige Forschung sind sowohl detailliertere Studien, die die politikberatende Arbeit qualitativ untersuchen, als auch weitere quantitative Arbeiten, die eine breitere Stichprobe abdecken, sehr wünschenswert. Darüber hinaus sollte zukünftige Forschung nicht nur die Angebotsseite der Politikberatung, sondern auch die Nachfrageseite einbeziehen, d. h. untersuchen, wie die Empfänger*innen von Beratung die Rolle der Politikwissenschaft im deutschen Politikberatungssystem wahrnehmen. Abschließend wären auch Arbeiten wünschenswert, die akademische Disziplinen in ihrer Beratungstätigkeit vergleichen, um generelle Charakteristika von disziplinären Charakteristika unterscheiden zu können.

Anmerkungen

* Für wertvolle Hinweise zu früheren Versionen dieses Beitrags gilt unser Dank den beiden anonymen Reviewer*innen, den Kolleg*innen aus der COST Action ProSEPS sowie den Teilnehmenden der DVPW-Thementagung „Wie relevant ist die Politikwissenschaft?“, die vom 12. bis 14. Dezember 2019 an der Goethe-Universität in Frankfurt stattgefunden hat.

1 Ein Manuskript der Rede findet sich unter:

https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2018/09/180926-DVPW-Frankfurt.pdf?__blob=publicationFile

2 Bei einer Veranstaltung der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zu 70 Jahren Grundgesetz, siehe: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/09/190926-Futurium-Wissenschaft.html>

- 3 Siehe für Informationen zum Projekt: <http://proseps.unibo.it>
- 4 Siehe die Dokumentation der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), verfügbar unter: <https://www.dvpw.de/informationen/debatte-zum-fach/>
- 5 Im Unterschied zu anderen Ländern sind eben Dauerstellen im deutschen Wissenschaftssystem überwiegend den Professuren vorbehalten, auch wenn es einige wenige andere Dauerstellen gibt, z. B. Akademische Räte oder Stellen an universitätsnahen Forschungsinstituten.
- 6 Ein deutschsprachiger Fragebogen erschien uns sinnvoller angesichts der Größe der deutschen politikwissenschaftlichen Community, der Relevanz des Deutschen als Wissenschaftssprache und möglicher Verzerrungen, die sich aus der Verbreitung einer englischsprachigen Umfrage insbesondere im Hinblick auf Beratungstätigkeiten ergeben könnten.
- 7 Diejenigen Befragten mit „missing values“ in der Variable zur Vertragssituation wurden herausgefiltert (n=22; d.h. wir kommen zu n=354).
- 8 Median=3 vs. Median=4; niedrigere Werte: regelmäßige Aktivität; U= 6618; z= -4,161; p< .001; r= -0,221
- 9 Median=4 vs. Median=5; niedrigere Werte: regelmäßige Aktivität; U= 7001,5; z= -3,547; p< .001; r= -0,188
- 10 Median=4 vs. Median=5; niedrigere Werte: regelmäßige Aktivität; U= 6697,5; z= -4,216; p< .001; r= -0,224
- 11 Median=4 vs. Median=5; niedrigere Werte: regelmäßige Aktivität; U= 7650; z= -2,579; p< .01; r= -0,137
- 12 Median=4 vs. Median=5; niedrigere Werte: regelmäßige Aktivität; U= 7823,5; z= -2,275; p< 0,023; r= -0,120
- 13 Median=4 vs. Median=2; höhere Werte: höhere Bedeutung; U= 5593,5; z= -5,706; p< .001; r= -0,303
- 14 Median=3 vs. Median=2; höhere Werte: höhere Bedeutung; U= 6627,5; z= -4,119; p< .001; r= -0,219
- 15 Median=4 vs. Median=3; höhere Werte: höhere Bedeutung; U= 6841; z= -3,81; p< .001; r= -0,203
- 16 Median=4 vs. Median=4; höhere Werte: höhere Bedeutung; U= 7244,5; z= -3,184; p< .001; r= -0,169
- 17 Median=4 vs. Median=3; höhere Werte: höhere Bedeutung; U= 7989,5; z= -1,999; p< .046; r= -0,106
- 18 Auch die Stärke der Politikwissenschaft in der Ressortforschung oder in den Beiräten der Ministerien variiert je nach Politikbereich.

Literatur

- Bethke, Hannah (2016). Wird die Jugend immer schlimmer? In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.04.2016. Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/wird-die-jugend-immer-schlimmer-zur-lage-der-politikwissenschaft-14199383.html> [5. Mai 2020].
- Bleek, Wilhelm (2001). *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*. München: Beck.
- Blum, Sonja & Schubert, Klaus (Ed.) (2013a). *Policy analysis in Germany*. Bristol: Policy Press.
- Blum, Sonja & Schubert, Klaus (2013b). Policy analysis in Germany: past, present and future of the discipline. In Sonja Blum und Klaus Schubert (Ed.), *Policy analysis in Germany* (pp. 1-18). Bristol: Policy Press.
- Brans, Marleen, Gouglas, Athanassios & Timmermans, Arco (i.E.). Theory and empirical research on the role of political scientists in policy advisory systems. In Marleen Brans & Arco Timmermans (Eds.), *The advisory role of political scientists*. Palgrave Macmillan.
- Christensen, Johan (2017). *The Power of Economists within the State*. Stanford: Stanford University Press.
- Craft, Jonathan & Howlett, Michael (2013). The dual dynamics of policy advisory systems: The impact of externalization and politicization on policy advice. *Policy and Society*, 32 (3), 187-197. <https://doi.org/10.1016/j.polsoc.2013.07.001>.
- Debus, Marc, Faas, Thorsten & Schäfer, Armin (2017). Ist die Politikwissenschaft irrelevant? In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.05.2017. Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/einfluss-auf-debatten-ist-die-politikwissenschaft-irrelevant-15019746.html> [20. April 2020].

- Decker, Frank & Jesse, Eckhard (2016). Fach ohne Ausstrahlung. In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.04.2016. Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/politikwissenschaft-und-ihre-lage-der-in-der-oeffentlichkeit-14186054.html> [20. April 2020].
- Eisfeld, Rainer (2019). *Empowering citizens, engaging the public. Political science for the 21st century*. Singapore: Palgrave Macmillan.
- Flinders, Matthew & Pal, Leslie A. (2019). The Moral Foundations of Public Engagement: Does Political Science, as a Discipline, Have an Ethics? *Political Studies Review*, doi: 10.1177/1478929919881332.
- Flyvbjerg, Bent (2001). *Making social science matter. Why social inquiry fails and how it can succeed again*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fobé, Ellen, DePeuter, Bart, PetitJean, Maxime & Pattyn, Valérie (2017). Analytical techniques in Belgian policy analysis. In Marleen Brans & David Aubin (Eds.), *Policy Analysis in Belgium* (pp. 151-170). Bristol: Policy Press.
- Halligan, John (1995). Policy Advice and the Public Sector. In B. Guy Peters & Donald J. Savoie (Eds.), *Governance in a changing environment* (pp. 138-172). Montreal: McGill-Queen's University Press.
- Head, Brian W. (2015). Relationships between policy academics and public servants: Learning at a distance? *Australian Journal of Public Administration*, 74 (1), 5-12.
- Heinze, Rolf G. (2013). Federal government in Germany: temporary, issue-related policy advice. In Sonja Blum & Klaus Schubert (Eds.), *Policy analysis in Germany* (pp. 135-148). Bristol: Policy Press.
- Innvaer, Simon, Vist, Gunn, Trommald, Mari & Oxman, Andrew (2002). Health policy-makers' perceptions of their use of evidence: a systematic review. *Journal of health services research & policy*, 7 (4), 239-244. <https://doi.org/10.1258/135581902320432778>.
- Key, Ellen M. & Sumner, Jane Lawrence (2019). You Research Like a Girl: Gendered Research Agendas and Their Implications. *PS: Political Science & Politics*, 52 (4), 663-668. <https://doi.org/10.1017/S1049096519000945>.
- Klingemann, Hans-Dieter & Falter, Jürgen W. (1998). Die deutsche Politikwissenschaft im Urteil der Fachvertreter. Erste Ergebnisse einer Umfrage von 1996/97. In Michael Greven (Hrsg.), *Demokratische – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft* (S. 305-337). Opladen: Leske + Budrich.
- Landfried, Christine (1986). Politikwissenschaft und Politikberatung. In Klaus Beyme (Hrsg.), *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin* (S. 100-115), Politische Vierteljahresschrift. Wiesbaden: VS Verlag.
- Landry, Réjean, Amara, Nabil & Lamari, Moktar (2001). Utilization of social science research knowledge in Canada. *Research Policy*, 30 (2), 333-349. [https://doi.org/10.1016/S0048-7333\(00\)00081-0](https://doi.org/10.1016/S0048-7333(00)00081-0).
- Lindquist, Evert A. (1990). The Third Community, Policy Inquiry, and Social Scientists. In Stephen Brooks & Alain G. Gagnon (Eds.), *Social scientists, policy, and the state* (pp. 21-51). New York: Praeger.
- Mann, H. B. & Whitney, D. R. (1947). On a Test of Whether one of Two Random Variables is Stochastically Larger than the Other. *The Annals of Mathematical Statistics*, 18 (1), 50-60. <https://doi.org/10.1214/aoms/1177730491>.
- Pattyn, Valérie, Blum, Sonja, Fobé, Ellen, Pekar-Milicevic, Mirjam & Brans, Marleen (2019). Academic policy advice in consensus-seeking countries: the cases of Belgium and Germany. *International Review of Administrative Sciences*. Online First: <https://doi.org/10.1177%2F0020852319878780>
- Pielke, Roger A. (2003). *The honest broker. Making sense of science in policy and politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Prasser, Scott (2006). Providing advice to government. *Papers on Parliament - Images, Colours and Reflections: Lectures in the Senate Occasional Lecture Series 2005-2006* (21-44). Verfügbar unter: http://www.dpac.tas.gov.au/_data/assets/pdf_file/0008/121121/2._providing_advice.PDF [5. Mai 2020].

- Reiter, Renate & Töller, Annette Elisabeth (2013). The role of policy analysis in teaching political science at German universities. In Sonja Blum und Klaus Schubert (Eds.), *Policy analysis in Germany* (pp. 265-278). Bristol: Policy Press.
- Schüttemeyer, Suzanne S. (2007). The Current State of Political Science in Germany. In Hans-Dieter Klingemann (Ed.), *The State of Political Science in Western Europe* (pp. 163-186). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Senn, Martin & Eder, Franz (2018). Cui Bono Scientia Politica? A Multi-Dimensional Concept of Relevance and the Case of Political Science in Austria. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 47 (3), 1-17. <https://doi.org/10.15203/ozp.2756.vol47iss3>.
- Siefken, Sven T. (2010). Ist denn alles Politikberatung? Anmerkungen zum Begriff und der Diagnose institutionalisierter Kooperation. *Politische Vierteljahresschrift*, 51 (1), 127-136.
- Smith, Katherine E., Bandola-Gill, Justyna, Meer, Nasar, Stewart, Ellen & Watermeyer, Richard (2020). *The Impact Agenda: Constructing, debating and challenging the assessment of "research impact" in the UK*. Bristol: Policy Press.
- Strassheim, Holger & Kettunen, Pekka (2014). When does evidence-based policy turn into policy-based evidence? Configurations, contexts and mechanisms. *Evidence & Policy*, 10 (2), 259-277. <https://doi.org/10.1332/174426514X13990433991320>.
- Tenbenschel, Tim (2008). *The role of evidence in policy: how the mix matters*. Paper presented at the International Research Society for Public Management, Queensland University of Technology, 26 - 28 March, Brisbane, Australia. Verfügbar unter: https://www.researchgate.net/profile/Tim_Tenbenschel/publication/254342945_The_Role_of_Evidence_in_Policy_How_the_Mix_Matters/links/00b7d53a0a75408b3d000000/The-Role-of-Evidence-in-Policy-How-the-Mix-Matters.pdf.
- Thunert, Martin (2013). Non-university research institutes: between basic research, knowledge transfer to the public and policy analysis. In Sonja Blum und Klaus Schubert (Eds.), *Policy analysis in Germany* (pp. 247-264). Bristol: Policy Press.
- Veit, Sylvia, Hustedt, Thurid & Bach, Tobias (2017). Dynamics of change in internal policy advisory systems: the hybridization of advisory capacities in Germany. *Policy Sciences*, 50 (1), 85-103. <https://doi.org/10.1007/s11077-016-9266-9>.
- Weiss, Carol H. (1980). Knowledge creep and decision accretion. *Knowledge*, 1 (3), 381-404. <https://doi.org/10.1177/107554708000100303>.
- Wissenschaft im Dialog (Hrsg.) (2020). *Wissenschaftsbarometer Corona Spezial*. Berlin. Verfügbar unter: https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_20/2020_WiD-Wissenschaftsbarometer_Corona_Spezial_Ergebnispraesentation.pdf [29. April 2020].

*Anschriften der Autor*innen:*

Dr. Sonja Blum, Institut für Politikwissenschaft, FernUniversität in Hagen, Universitätsstraße 33, 58084 Hagen, E-Mail: sonja.blum@fernuni-hagen.de.

Prof. Dr. Jens Jungblut, Department of Political Science, University of Oslo, Postboks 1097 Blindern, 0317 Oslo, Norway, E-Mail: jungblut@stv.uio.no.